Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6110**
14. Wahlperiode 17. 05. 2001

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. März 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen soll im Bereich der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und Koreas der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, dass sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, dass in der deutschen und der koreanischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes soll das Abkommen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutschen Rentenversicherungsträger ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 17. Mai 2001

022 (311) – 806 06 – Ab 55/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. März 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea
über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 763. Sitzung am 11. Mai 2001 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 10. März 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über Soziale Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 10. März 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen zur Anwendung und Durchführung des Abkommens Regelungen zu treffen über:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 14 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 14 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich das Abkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über Soziale Sicherheit

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea on Social Security

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Korea –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

a) „Hoheitsgebiet“

in Bezug auf die Republik Korea

das Hoheitsgebiet der Republik Korea,

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland;

b) „Staatsangehöriger“

in Bezug auf die Republik Korea

einen Staatsangehörigen der Republik Korea im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes der Republik Korea,

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

c) „Rechtsvorschriften“

in Bezug auf die Republik Korea

die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Gesetze und Verordnungen,

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Systeme der Rentenversicherung beziehen;

d) „zuständige Behörde“

in Bezug auf die Republik Korea

das Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt,

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung;

e) „Verwaltungsbehörde“

eine zuständige Behörde oder sonstige Verwaltungsbehörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften obliegt;

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Korea,

Being desirous of regulating the relationship between them in the area of social security,

Have agreed as follows:

Part I

General Provisions

Article 1

Definitions

(1) For the purpose of this Agreement,

a) “territory” means,

as regards the Republic of Korea,

the territory of the Republic of Korea;

as regards the Federal Republic of Germany,

the territory of the Federal Republic of Germany;

b) “national” means,

as regards the Republic of Korea,

a national of the Republic of Korea within the meaning of the Nationality Law of the Republic of Korea;

as regards the Federal Republic of Germany,

a German within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany;

c) “legislation” means,

as regards the Republic of Korea,

the laws and regulations specified in paragraph (1) of Article 2;

as regards the Federal Republic of Germany,

the laws, regulations, by-laws and other general legislative acts concerning the pension insurance systems covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2);

d) “competent authority” means,

as regards the Republic of Korea,

the Ministry of Health and Welfare;

as regards the Federal Republic of Germany,

the Federal Ministry of Labour and Social Affairs;

e) “administrative authority” means

a competent authority or any other administrative authority responsible for the implementation of the legislation specified in paragraph (1) of Article 2;

f) „Träger“

in Bezug auf die Republik Korea

die Nationale Rentengesellschaft,

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

der Versicherungsträger, dem die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften obliegt;

g) „Versicherungszeit“

eine Beitragszeit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats und sonstige Zeiten, die nach diesen Rechtsvorschriften für die Begründung eines Anspruchs auf Leistungen oder für die Berechnung des Leistungsbetrags berücksichtigt werden;

h) „Leistung“

eine Rente oder eine sonstige Geldleistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats.

(2) Andere Begriffe, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie in den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

f) “agency” means,

as regards the Republic of Korea,

the National Pension Corporation;

as regards the Federal Republic of Germany,

the insurance institution responsible for the implementation of the legislation specified in paragraph (1) of Article 2;

g) “period of coverage” means

a period of contributions under the legislation of a Contracting State and any other period taken into account under that legislation for establishing an entitlement to benefits or for calculating the amount of benefits;

h) “benefit” means

a pension or any other cash benefit under the legislation of a Contracting State.

(2) Any other term not defined in paragraph (1) has the meaning assigned to it in the applicable legislation of the respective Contracting State.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf die folgenden Rechtsvorschriften:

a) in Bezug auf die Republik Korea

das Nationale Rentengesetz und die dafür geltenden Durchführungsvorschriften und -verordnungen;

b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

1. die gesetzliche Rentenversicherung,
2. die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
3. die Alterssicherung der Landwirte.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf künftige Rechtsvorschriften, die die in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten Rechtsvorschriften ändern, ergänzen, zusammenfassen oder ersetzen.

(3) Dieses Abkommen gilt auch für künftige Rechtsvorschriften, mit denen andere Arten von Leistungen oder neue Kategorien von Leistungsempfängern eingeführt werden, es sei denn, dass der Vertragsstaat, der diese Rechtsvorschriften erlässt, dem anderen Vertragsstaat schriftlich innerhalb von neunzig Tagen nach der Verkündung dieser Rechtsvorschriften etwas anderes mitteilt.

(4) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

Article 2

Material scope of application

(1) This Agreement shall apply to the following legislation:

a) as regards the Republic of Korea,

the National Pension Act, and the rules and regulations applicable to its implementation,

b) as regards the Federal Republic of Germany,

1. the Statutory Pension Insurance,
2. the Steelworkers’ Supplementary Insurance,
3. the Farmers’ Old-Age Security.

(2) This Agreement shall also apply to future legislation which amends, supplements, consolidates or supersedes the legislation specified in paragraph (1) of this Article.

(3) This Agreement shall also apply to future legislation which creates other types of benefits or new categories of beneficiaries, unless the Contracting State which promulgates such legislation otherwise notifies the other Contracting State in writing within ninety days after the promulgation of such legislation.

(4) Where, under the legislation of one Contracting State, not only the conditions for the application of this Agreement but also the conditions for the application of another agreement or of a supranational arrangement are satisfied, that other agreement or the supranational arrangement shall not be taken into account by the agency of this Contracting State in the application of this Agreement.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für folgende Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten:

a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,

b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu diesem Abkommen,

c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

d) andere Personen.

Article 3

Personal scope of application

This Agreement shall apply to the following persons who are or have been subject to the legislation of either Contracting State:

a) nationals of either Contracting State;

b) refugees within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Refugees of July 28, 1951 and of the Protocol of January 31, 1967 to that Convention;

c) stateless persons within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Stateless Persons of September 28, 1954;

d) other persons.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis c bezeichneten Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstabe d bezeichneten Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten, hinsichtlich der Rechte, die sie von einer in Artikel 3 Buchstaben a bis c bezeichneten Person ableiten.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Article 4

Equal treatment

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, the persons specified in Article 3 a), b), and c) who ordinarily reside in the territory of either Contracting State shall, in the application of the legislation of a Contracting State, receive treatment equal to that accorded to the nationals of that Contracting State. The foregoing shall also apply to the persons specified in Article 3 d) who ordinarily reside in the territory of either Contracting State with respect to their rights derived from a person specified in Article 3 a), b) or c).

(2) Benefits under the legislation of one Contracting State shall be granted to nationals of the other Contracting State who ordinarily reside outside the territories of the Contracting States under the same conditions as they are granted to the nationals of the first Contracting State who ordinarily reside outside the territories of the Contracting States.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen der gewöhnliche Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats Voraussetzung für die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen ist, gelten weder für die in Artikel 3 Buchstaben a bis c bezeichneten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten, noch für die in Artikel 3 Buchstabe d bezeichneten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten, hinsichtlich der Rechte, die sie von einer in Artikel 3 Buchstaben a bis c bezeichneten Person ableiten.

Article 5

Equal status of territories

The provisions of the legislation of one Contracting State which require ordinary residence in the territory of that Contracting State for acquiring an entitlement to benefits or for a payment of benefits shall apply neither to the persons specified in Article 3 a), b), and c) who ordinarily reside in the territory of the other Contracting State, nor to the persons specified in Article 3 d) who ordinarily reside in the territory of that other Contracting State with respect to their rights derived from a person specified in Article 3 a), b) or c).

Artikel 6

Versicherungspflicht

(1) Sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, richtet sich die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für selbständig Tätige.

Article 6

Compulsory coverage

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, compulsory coverage of employees shall be determined by the legislation of the Contracting State in whose territory they are employed; this shall also apply in cases where the employer is in the territory of the other Contracting State.

(2) Paragraph (1) shall apply analogously to self-employed persons.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

(1) Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Überschreitet die Dauer der Entsendung den oben genannten Zeitraum, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des ersten Vertragsstaats weiter, wenn die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers zustimmen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen selbständig Tätigen, der gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, wenn er vorübergehend im Hoheitsgebiet der Republik Korea tätig ist.

(3) Für einen selbständig Tätigen, der sich im Hoheitsgebiet der Republik Korea gewöhnlich aufhält, gilt Absatz 1 entsprechend, wenn er im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland vorübergehend tätig ist.

Article 7

Compulsory coverage in case of detachment

(1) When an employee who is employed in one Contracting State is sent by his employer to the territory of the other Contracting State in the context of that employment to perform services there for that employer, only the legislation on compulsory coverage of the first Contracting State shall continue to apply with regard to that employment during the first twenty-four calendar months as though the employee were still employed in the territory of the first Contracting State. If the detachment continues beyond the period specified above, the legislation on compulsory coverage of the first Contracting State shall continue to apply, if the competent authorities of both Contracting States or the institutions designated by them consent upon the joint request of the employee and the employer.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply analogously to a self-employed person who ordinarily works in the territory of the Federal Republic of Germany when that person works temporarily in the territory of the Republic of Korea.

(3) To a self-employed person who ordinarily resides in the territory of the Republic of Korea, the provisions of paragraph (1) shall apply analogously when that person works temporarily in the territory of the Federal Republic of Germany.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

Dieses Abkommen berührt nicht die innerstaatlichen Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten über die Versicherungspflicht von Personen, die an Bord eines Seeschiffes tätig sind.

Artikel 9

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei Auslandsvertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 gelten für einen Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, der von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt wird, für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(3) Hat sich ein in Absatz 2 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem er beschäftigt ist, aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem er beschäftigt ist, wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(4) Beschäftigt die diplomatische oder konsularische Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die diplomatische oder konsularische Vertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber gemäß den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

Artikel 10

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag des selbständig Tätigen können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung oder der selbstständigen Tätigkeit zu berücksichtigen.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Artikel 11

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechenbare Versicherungszeiten zurückgelegt, so berücksichtigt der Träger jedes Vertragsstaats, falls erforderlich, für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind, sofern sich diese Zeiten nicht mit Zeiten überschneiden, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften anrechenbar sind. Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

Article 8

Compulsory coverage of seamen

Nothing in this Agreement shall affect the domestic legislation of either Contracting State on compulsory coverage of persons who work on board a sea-going vessel.

Article 9

Compulsory coverage of persons employed with diplomatic missions

(1) Nothing in this Agreement shall affect the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of April 18, 1961, or of the Vienna Convention on Consular Relations of April 24, 1963.

(2) Subject to the provisions of paragraph (3), if a national of one Contracting State is employed by that Contracting State or a member or a staff member of a diplomatic mission or consular post of that Contracting State in the territory of the other Contracting State, the legislation of the first Contracting State shall apply with regard to compulsory coverage for the duration of the employment as though he were employed there.

(3) Where the employed person specified in paragraph (2) ordinarily resided in the territory of the Contracting State in which he is employed before the beginning of the employment, he may choose within six months from the beginning of the employment to have the legislation of the Contracting State in which he is employed apply with regard to compulsory coverage. The employer shall be notified of such choice. The legislation of his choice shall apply from the day of the notification.

(4) If the diplomatic mission or consular post of either Contracting State employs persons to whom the legislation of the other Contracting State applies, the diplomatic mission or consular post shall meet the obligations incumbent on the local employer in accordance with the legislation specified.

Article 10

Exceptions from the provisions on compulsory coverage

At the joint request of the employee and the employer or at the request of the self-employed person the competent authorities of the Contracting States or the institutions designated by them may, by mutual agreement, derogate from the provisions of this Agreement on compulsory coverage provided that the person concerned continues to be subject or will be subjected to the legislation of either Contracting State. In this regard, the nature and the circumstances of the employment or the self-employment shall be taken into account.

Part II

Provisions on benefits

Article 11

Totalization of periods of coverage and calculation of pensions

(1) When creditable periods of coverage have been completed under the legislation of both Contracting States, the agency of each Contracting State shall, in determining eligibility for benefits under the legislation which it applies, take into account, if necessary, periods of coverage which are creditable under the legislation of the other Contracting State provided that such periods do not overlap with periods creditable under its legislation. The extent to which the periods of coverage are to be taken into account shall be determined by the legislation of the Contracting State under which they were completed.

(2) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(2) The calculation of the pension shall be determined by the applicable legislation of the respective Contracting State unless otherwise provided in this Agreement.

Artikel 12

Besonderheiten für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 11 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Nach den koreanischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden nach Artikel 11 in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den koreanischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur insoweit, als während dieser Zeiten gleichartige Tätigkeiten verrichtet wurden.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Republik Korea gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Korea.

(5) Ist die Befreiung von der Versicherungspflicht nach den deutschen Rechtsvorschriften davon abhängig, dass Beiträge für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden sind, so werden Beitragszeiten nach den koreanischen Rechtsvorschriften ebenfalls berücksichtigt.

Article 12

Special provisions relating to the Federal Republic of Germany

(1) Personal earning points shall be determined on the basis of the earning points acquired under German legislation.

(2) The provision on the totalization of periods of coverage (paragraph (1) of Article 11) shall apply analogously to benefits which are granted at the discretion of an agency.

(3) Periods of coverage completed under Korean legislation shall be taken into account for the Miners' Pension Insurance under Article 11 if they were completed in a mining enterprise in underground operations. If, under German legislation, it is prerequisite for an entitlement to benefits that permanent work underground or equivalent work was performed, the periods of coverage completed under Korean legislation shall be taken into account by the German institution only insofar as activities of the same kind were performed during these periods.

(4) If German legislation provides that an entitlement to benefits requires the completion of certain periods of coverage within a specified time, and if the legislation provides further that this time is extended by certain circumstances or periods of coverage, periods of coverage under the legislation of the other Contracting State or comparable circumstances in the other Contracting State shall also be taken into account for such an extension. Comparable circumstances are periods during which disability or old-age pensions or benefits on account of sickness, unemployment or industrial accidents (with the exception of pensions) were paid under the legislation of the Republic of Korea as well as periods of child-raising in the Republic of Korea.

(5) If, under German legislation, compulsory coverage is exempted on condition that contributions have been paid for a certain period, periods of contribution under Korean legislation shall also be taken into account.

Artikel 13

Besonderheiten für die Republik Korea

(1) Für den Bezug einer Invaliditäts- oder Hinterbliebenenleistung gilt die Voraussetzung in den koreanischen Rechtsvorschriften, dass eine Person versichert sein muss, wenn der Versicherungsfall eintritt, als erfüllt, wenn die Person während eines Zeitraums, in dem der Versicherungsfall nach den koreanischen Rechtsvorschriften eintritt, für eine Leistung nach den deutschen Rechtsvorschriften versichert ist.

(2) Bei der Anwendung des Artikels 11 wird eine Versicherungszeit, die in der knappschaftlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland als eine Zeit anerkannt ist, in der ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten in einem bergbaulichen Betrieb verrichtet wurden, als Zeit einer gleichgestellten Arbeit nach den koreanischen Rechtsvorschriften berücksichtigt.

(3) Werden Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Begründung eines Anspruchs auf Leistungen nach den koreanischen Rechtsvorschriften gemäß Artikel 11 Absatz 1 und nach Absatz 1 dieses Artikels berücksichtigt, wird die zu zahlende Leistung folgendermaßen festgestellt:

a) Der koreanische Träger berechnet zunächst den Rentenbetrag, der dem Betrag entspricht, der der Person gezahlt würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten angerechneten Versicherungszeiten nach den koreanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden

Article 13

Special provisions relating to the Republic of Korea

(1) To obtain a disability or survivors benefit, the requirement of Korean legislation that a person be covered when the insured event occurs shall be considered to have been met if the person is insured for a benefit under German legislation during a period in which the insured event under Korean legislation occurs.

(2) In applying Article 11, a period of coverage recognized under the Miners' Pension Insurance of the Federal Republic of Germany as a period completed by permanent work underground or equivalent work in a mining enterprise shall be taken into account as a period of equivalent work under Korean legislation.

(3) Where periods of coverage under German legislation are taken into account to establish eligibility for benefits under Korean legislation in accordance with paragraph (1) of Article 11 and paragraph (1) of this Article, the benefit due shall be determined as follows:

a) The Korean agency shall first calculate the pension amount equal to the amount that would have been payable to the person if all the periods of coverage credited under the legislation of both Contracting States had been completed under Korean legislation. To determine the pension amount, the

wären. Zur Feststellung des Rentenbetrags berücksichtigt der koreanische Träger das durchschnittliche normale Monatseinkommen der Person während ihrer Versicherung nach den koreanischen Rechtsvorschriften.

b) Der koreanische Träger berechnet sodann die anteilige Leistung, die nach den koreanischen Rechtsvorschriften zu zahlen ist, auf der Grundlage des nach Buchstabe a berechneten Rentenbetrags entsprechend dem Verhältnis der Dauer der nach seinen Rechtsvorschriften berücksichtigten Versicherungszeiten zu der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten berücksichtigten Versicherungszeiten.

Korean agency shall take into account the person's average standard monthly income while covered under Korean legislation.

b) The Korean agency shall then calculate the partial benefit to be paid in accordance with Korean legislation based on the pension amount calculated according to subparagraph a), in proportion to the ratio of the duration of the periods of coverage taken into consideration under its own legislation to the total duration of the periods of coverage taken into consideration under the legislation of both Contracting States.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Zusammenarbeit

Artikel 14

Amtshilfe

Die Verwaltungsbehörden, Träger und Verbände von Trägern der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation werden jedoch erstattet.

Artikel 15

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Schriftstücke, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16

Verkehrssprachen

(1) Die Verwaltungsbehörden, Träger und Verbände von Trägern der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Die Verwaltungsbehörden, Träger und Verbände von Trägern der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Schriftstücke nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Part III

Miscellaneous provisions

Chapter 1

Cooperation

Article 14

Administrative assistance

The administrative authorities, the agencies and associations of agencies of the Contracting States shall provide mutual assistance to each other in the implementation of the legislation covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2) and in the implementation of this Agreement as if they applied the legislation applicable to them. The assistance shall be provided free of charge. Cash expenditures with the exception of expenses for communication shall be reimbursed, however.

Article 15

Charges and authentication

(1) An exemption from or reduction of administrative charges including consular fees provided in the legislation of one Contracting State as well as the refund of expenditures for documents to be submitted in the application of this legislation shall also apply to corresponding documents to be submitted in the application of this Agreement or of the legislation of the other Contracting State covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2).

(2) Documents to be submitted in the application of this Agreement or of the legislation of one Contracting State covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2) may be submitted to institutions of the other Contracting State without authentication or any other similar formality.

Article 16

Languages of communication

(1) In implementing this Agreement and the legislation covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2), the administrative authorities, the agencies and associations of agencies of the Contracting States may communicate directly with each other and with the persons concerned and their representatives in their official languages. Any legislation on the recourse to interpreters shall remain unaffected.

(2) The administrative authorities, the agencies and associations of agencies of the Contracting States may not reject petitions and documents because they are written in the official language of the other Contracting State.

Artikel 17

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als zum selben Zeitpunkt bei dem zuständigen Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, sofern der Antragsteller Angaben macht, aus denen hervorgeht, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt wurden. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller in Bezug auf Leistungen bei Alter ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche aufgeschoben wird.

Artikel 18

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Die übermittelnde Stelle achtet auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staats nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. In diesem Fall berichtigt oder löscht die empfangende Stelle diese Daten.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

Article 17

Equal status of applications

(1) If an application for a benefit payable under the legislation of one Contracting State has been filed with an institution in the other Contracting State which is competent to receive an application for a corresponding benefit under the legislation applicable to it, that application shall be deemed to have been filed with the competent agency of the first Contracting State on the same date. This shall apply analogously to other applications, declarations and appeals.

(2) The applications, declarations or appeals received by an institution of one Contracting State shall be forwarded to the competent institution of the other Contracting State without delay.

(3) An application for benefits payable under the legislation of one Contracting State shall be deemed to be also an application for a corresponding benefit under the legislation of the other Contracting State provided that the applicant provides information indicating that periods of coverage have been completed under the legislation of the other Contracting State. The foregoing shall not apply if the applicant explicitly requests that the determination of entitlement to old-age benefits acquired under the legislation of the other Contracting State be deferred.

Article 18

Data protection

(1) Where, under this Agreement, personal data are transmitted in accordance with national law, the following shall apply whilst the legislation applicable to each Contracting State shall be duly observed:

a) The data may, for the purposes of implementing this Agreement and the legislation to which it applies, be transmitted to the competent institutions in the receiving State. The receiving State may process and use the data for these purposes. The passing on of this data to other institutions within the receiving State or the use of this data in the receiving State for other purposes is permissible in the framework of the law of the receiving State provided this serves social security purposes including related judicial proceedings. However, the foregoing shall not prevent the passing on of that data in case that is mandatory under the laws and regulations of the receiving State for the interests protected by criminal law or for the purposes of taxation. In all other cases the passing on to other institutions shall be only permissible upon prior consent of the transmitting institution.

b) In individual cases the recipient of the data shall, at the request of the transmitting institution, inform that institution of the use of the transmitted data and the results obtained thereof.

c) The transmitting institution shall ensure that the data to be transmitted is correct and that its transmission is necessary and proportionate with regard to the purposes pursued with the transmission of the data. In this context, any prohibition to transmit data under the respective national law has to be respected. If it becomes evident that incorrect data or data whose transmission was not permissible under the law of the transmitting State has been transmitted, the receiving institution has to be immediately notified of this fact. In this case the receiving institution shall correct or delete this data.

d) Upon request, the person concerned shall be informed of any personal data transmitted and the intended use of that data. In all other cases, the right of the person concerned to receive information about any personal data held in relation to that person shall be determined by the national law of the Contracting State whose institution requests the information.

e) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

f) Die übermittelnde und die empfangende Stelle halten die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten fest.

g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle schützen personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung dieses Abkommens

Artikel 19

Durchführungsvereinbarungen

(1) Die Regierungen der Vertragsstaaten oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Verbindungsstellen zur Durchführung dieses Abkommens werden in einer Vereinbarung nach Absatz 1 bestimmt.

Artikel 20

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung wirksam erbracht werden. Werden die Geldleistungen in der Währung des anderen Vertragsstaats erbracht, so ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

Artikel 21

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus sonstigem Grund

e) Transmitted personal data shall be deleted as soon as it is no longer required for the purpose for which it was transmitted, and if there is no reason to assume that social security interests of the person concerned which are worthy of protection will be affected by the deletion of the data.

f) The transmitting and the receiving institutions shall record the transmission and the receipt of personal data.

g) The transmitting and the receiving institutions shall protect transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized disclosure.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply analogously to business and industrial secrets.

Chapter 2

Implementation of this Agreement

Article 19

Implementing arrangements

(1) The Governments of the Contracting States or the competent authorities may conclude arrangements necessary for the implementation of this Agreement. The competent authorities shall inform each other of any amendments and additions to their legislation which is covered by the material scope of this Agreement (paragraph (1) of Article 2).

(2) Liaison agencies for the implementation of this Agreement shall be designated in an arrangement under paragraph (1) of this Article.

Article 20

Currency and exchange rates

Cash benefits may be validly paid by an agency of one Contracting State to a person residing in the territory of the other Contracting State in the currency of the latter Contracting State. If cash benefits are paid in the currency of the latter Contracting State, the conversion rate shall be the rate of exchange in effect on the day when the remittance is made.

Article 21

Settlement of disputes

(1) Disputes between the two Contracting States regarding the interpretation or application of this Agreement shall be settled, as far as possible, through negotiations between the competent authorities.

(2) If a dispute cannot be resolved in this way, it shall, at the request of either Contracting State, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case with each Contracting State appointing one member, and the two members agreeing on a national from a third state as chairman who shall be appointed by the Governments of the two Contracting States. The members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, after one Contracting State has informed the other Contracting State that it will refer the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the deadlines specified in paragraph (3) are not met, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of a Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also a national of a Contracting State or is otherwise prevented from discharging the

verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

said function, the Member of the Court next in seniority who is not a national of a Contracting State shall make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall make its decision by majority vote on the basis of the treaties in force between the Contracting States and general international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitral proceedings. The cost of the chairman and the remaining costs shall be shared equally between the Contracting States. The arbitral tribunal may make a different decision concerning the allocation of the cost. In all other regards, the arbitral tribunal shall establish its own procedure.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 22

Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Ereignisse aus der Zeit vor seinem Inkrafttreten berücksichtigt. Keiner der beiden Vertragsstaaten berücksichtigt jedoch Zeiten, die vor dem frühestmöglichen Zeitpunkt liegen, zu dem nach seinen Rechtsvorschriften Versicherungszeiten angerechnet werden können.

(3) Rechte aus diesem Abkommen werden durch Entscheidungen aus der Zeit vor seinem Inkrafttreten nicht berührt.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 23

Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 24

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Seoul ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 25

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen bleibt für unbestimmte Zeit in Kraft. Jeder Vertragsstaat kann es jedoch jederzeit unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten auf diplomatischem Wege schriftlich gegenüber dem anderen Vertragsstaat kündigen.

(2) Tritt dieses Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Die Vertragsstaaten treffen Vereinbarungen für die Behandlung von Anwartschaften.

Part IV

Transitional and final provisions

Article 22

Transitional provisions

(1) This Agreement shall not establish any entitlement to benefits for any period prior to its entry into force.

(2) In the application of this Agreement, periods of coverage completed before its entry into force and other legally relevant events that occurred before its entry into force shall also be taken into consideration. However, neither Contracting State shall take into account any period which occurred prior to the earliest date for which periods of coverage may be credited under its legislation.

(3) Determinations which were made before the entry into force of this Agreement shall not affect rights arising under it.

(4) Pensions determined before the entry into force of this Agreement may be newly determined upon application if a change results solely from the provisions of this Agreement.

(5) If the new determination under paragraph (4) results in no entitlement or in an entitlement to a lesser amount of pension than that paid for the last period prior to the entry into force of this Agreement, the same amount of pension as previously paid shall continue to be paid.

Article 23

Final Protocol

The attached Final Protocol shall form part of this Agreement.

Article 24

Ratification and entry into force

(1) This Agreement shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Seoul.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification have been exchanged.

Article 25

Duration of the Agreement

(1) This Agreement shall remain in force for an indefinite period of time. Either Contracting State, however, may terminate it at any time giving twelve months' notice in writing to the other Contracting State through diplomatic channels.

(2) If this Agreement is terminated, its provisions shall continue to apply in respect of any entitlement to benefits acquired up until then. The Contracting States shall make arrangements for the purpose of dealing with any entitlement which is in the process of being acquired.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Berlin am 10. März 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher, koreanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des koreanischen Wortlautes ist der englische Wortlaut maßgebend.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Done at Berlin on March 10, 2000, in duplicate in the German, Korean and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and the Korean texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Gunter Pleuger

Für die Republik Korea
For the Republic of Korea
Lee Jeong-binn

Schlussprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über Soziale Sicherheit

Final Protocol to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea on Social Security

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Unterzeichneten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens:

   Soweit es die deutschen Rechtsvorschriften betrifft, schließt der Begriff Leistung auch eine Sachleistung zur Rehabilitation ein.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   Teil II des Abkommens findet keine Anwendung auf die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und auf die Alterssicherung der Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland.

3. Zu Artikel 2 Absatz 4 des Abkommens:

   Enthalten von der Bundesrepublik Deutschland mit einem dritten Staat geschlossene Abkommen über Soziale Sicherheit oder Regelungen der Europäischen Gemeinschaft über Soziale Sicherheit Versicherungslastregelungen, werden diese bei der Anwendung des Abkommens berücksichtigt.

4. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Artikel 4 Absatz 1 berührt nicht die Versicherungslastregelungen in von der Bundesrepublik Deutschland mit einem dritten Staat geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit oder in Regelungen der Europäischen Gemeinschaft über Soziale Sicherheit.

   b) Die deutschen Rechtsvorschriften, die die Mitwirkung der Versicherten und Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände von Trägern sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

   c) Koreanische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstaben b und c des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Korea aufhalten.

5. Zu Artikel 5 des Abkommens:

   a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Korea gilt Artikel 5 in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

At the time of the signing of the Agreement on Social Security concluded this day between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea, the undersigned of both Contracting States stated that they were in agreement on the following points:

1. With reference to paragraph (1) of Article 1 of the Agreement:

   As regards German legislation, the term “benefit” shall also include a rehabilitation benefit in kind.

2. With reference to Article 2 of the Agreement:

   Part II of the Agreement shall not apply to the Steelworkers’ Supplementary Insurance and the Farmers’ Old-Age Security of the Federal Republic of Germany.

3. With reference to paragraph (4) of Article 2 of the Agreement:

   If agreements on social security concluded by the Federal Republic of Germany with a third State or arrangements of the European Community on social security contain provisions relating to the apportionment of insurance burdens, those provisions shall be taken into account in the application of the Agreement.

4. With reference to Article 4 of the Agreement:

   a) Paragraph (1) of Article 4 shall not affect the provisions relating to the apportionment of insurance burdens contained in agreements on social security concluded by the Federal Republic of Germany with a third State or in arrangements of the European Community on social security.

   b) German legislation which guarantees participation of the insured and of employers in the organs of self-government of agencies and associations of agencies as well as in the adjudication of social security matters shall remain unaffected.

   c) Korean nationals who ordinarily reside outside the territory of the Federal Republic of Germany shall be entitled to voluntary coverage under the German pension insurance if they have completed periods of contributions of at least sixty months under the said insurance; more favourable domestic legislation shall remain unaffected. This shall also apply to the refugees and stateless persons specified in Article 3 b) and c) of the Agreement who ordinarily reside in the territory of the Republic of Korea.

5. With reference to Article 5 of the Agreement:

   a) With regard to a pension under German legislation on account of reduced earning capacity, Article 5 shall apply to persons who ordinarily reside in the territory of the Republic of Korea only if the entitlement exists irrespective of the labour market situation.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.

6. Zu den Artikeln 6 bis 10 des Abkommens:

a) Die Artikel 6 bis 10 des Abkommens über die Versicherungspflicht in Bezug auf Arbeitnehmer gelten auch für eine Person, bei der es sich nicht um einen Arbeitnehmer handelt, die aber nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht einem Arbeitnehmer gleichgestellt ist.

b) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 10 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über die Versicherungspflicht, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die Gesetze dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitsförderung (Beschäftigungsversicherung) Anwendung.

7. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die bereits am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

8. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die in Absatz 3 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

9. Zu Artikel 9 Absatz 2 sowie Artikel 10 des Abkommens:

Untersteht bei Anwendung des Artikels 9 Absatz 2 sowie des Artikels 10 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

10. Zu Artikel 11 des Abkommens:

Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den koreanischen Rechtsvorschriften berücksichtigt.

11. Zu Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens:

Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften können Bescheide und sonstige Schriftstücke den betreffenden Personen oder ihren Vertretern, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Korea aufhalten, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Bescheide und sonstige Schriftstücke, die bei der Durchführung der deutschen Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Versorgung der Opfer des Krieges zugestellt werden.

b) German legislation on benefits based on periods of coverage not completed within the territory of the Federal Republic of Germany shall remain unaffected.

c) German legislation on rehabilitation benefits provided by the pension insurance agencies shall remain unaffected.

d) German legislation providing for the suspension of claims for pension insurance benefits for persons who go abroad to evade criminal proceedings against them shall remain unaffected.

6. With reference to Articles 6 through 10 of the Agreement:

a) The provisions of Articles 6 through 10 of the Agreement on compulsory coverage with regard to employees shall also apply to a person other than an employee but who is treated as such under German legislation on compulsory coverage.

b) Where, under Articles 6 through 10 of the Agreement, a person is subject to the legislation on compulsory coverage of a Contracting State, the laws on compulsory coverage for employment promotion (employment insurance) of that Contracting State shall also apply to the person and the person’s employer in the same way.

7. With reference to Article 7 of the Agreement:

For persons who are already employed on the day of the entry into force of the Agreement the period specified shall run from that day.

8. With reference to Article 9 of the Agreement:

For persons who are employed on the day of the entry into force of the Agreement the period specified in paragraph (3) shall run from that day.

9. With reference to paragraph (2) of Article 9 and to Article 10 of the Agreement:

If, in applying paragraph (2) of Article 9 and Article 10 of the Agreement, the person concerned is subject to German legislation, that person shall be deemed to be employed or work in the place where he was employed or worked last; any other arrangement resulting from the previous application of Article 7 of the Agreement shall continue to apply. If the person was not employed or did not work previously in the territory of the Federal Republic of Germany, he shall be deemed to be employed or work at the place where the German competent authority has its seat.

10. With reference to Article 11 of the Agreement:

Where the entitlement to benefits under German legislation requires certain periods of coverage, only comparable periods of coverage under Korean legislation shall be taken into account for that purpose.

11. With reference to paragraph (1) of Article 16 of the Agreement:

In applying German legislation, notifications and other documents may be delivered directly to the persons concerned or their representatives who ordinarily reside in the territory of the Republic of Korea by registered mail with return receipt. This provision shall also apply to notifications and other documents which are delivered in the course of implementing German laws and regulations governing assistance to war victims.

12. Zu Artikel 22 des Abkommens:

    Wird nach den deutschen Rechtsvorschriften ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die allein unter Berücksichtigung des Abkommens ein Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so wird die Rente von dem Kalendermonat an geleistet, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erstmals erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

12. With reference to Article 22 of the Agreement:

    If, under German legislation, an application for the determination of a pension to which an entitlement exists only by virtue of the Agreement is filed within twelve months after its entry into force, the pension shall be paid from the calendar month at the beginning of which the eligibility criteria were first met, at the earliest from the entry into force of the Agreement.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Rentenversicherung. Es sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und koreanischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor. Ferner enthält das Abkommen Kollisionsregelungen hinsichtlich der anzuwendenden Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht. Hierdurch soll erreicht werden, dass in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer nur den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterliegen, wodurch eine Doppelversicherung und damit doppelte Beitragsbelastung für Arbeitnehmer und Unternehmer vermieden wird. Damit werden Investitionen deutscher Firmen in Korea und umgekehrt koreanischer Firmen in Deutschland gefördert und ein Beitrag zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 erläutert die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Die in Nummer 2 des Protokolls hierzu getroffene ergänzende Regelung ergibt sich daraus, dass die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind. Durch Absatz 4 der Bestimmung wird klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen über Soziale Sicherheit oder Regelungen der EU über Soziale Sicherheit, die dem Abkommen vergleichbar sind, unberücksichtigt bleiben.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 Abs. 1 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 4 des Protokolls ergänzende Regelungen enthalten. Nummer 4 Buchstabe a des Protokolls stellt klar, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen berücksichtigt werden, soweit diese Versicherungslastregelungen enthalten.

Buchstabe c der Bestimmung knüpft für koreanische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Korea das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 5 des Protokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 5 Buchstabe a des Protokolls, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Korea gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 10 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und koreanischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden. Nummer 6 des Protokolls sieht hierzu eine Ergänzung vor. So finden nach Buchstabe a die Artikel 6 bis 10 des Abkommens auch für Personen Anwendung, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht einem Arbeitnehmer gleichgestellt sind. Nach Buchstabe b der Bestimmung finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung unterstellt sind, auch die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung in gleicher Weise Anwendung.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 9, die durch die Nummern 7 bis 9 des Protokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die aufgrund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt, und lässt eine abweichende Bestimmung zu.

Die Artikel 11 bis 13 sowie die Nummer 10 des Protokolls enthalten die Regelungen über die Leistungen der Rentenversicherung.

Artikel 11 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und koreanischen Rentenversicherung zurückgelegt sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 12 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 13 nähere Regelungen für die Anwendung der koreanischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 14 bis 21, ergänzt durch die Nummer 11 des Protokolls, enthalten die Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 22 bis 25, ergänzt durch Nummer 12 des Protokolls, enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333